

Afghanistan-Projekte unter Schutz der Bevölkerung

Frauenvereinsvorsitzende informierte Friedensinitiative

Osnabrück – "Unsere Projekte stehen unter dem Schutz der Bevölkerung", betonte Nadia Karim als Gast der Osnabrücker Friedensinitiative. Die Vorsitzende des Afghanischen Frauenvereins, der seit 15 Jahren über 80 zivile Projekte mit anderen Frauen in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Wasserversorgung aufgebaut und betreut hat, erläuterte, sie lasse sich grundsätzlich nicht von Militärs begleiten. "Nach den vielen zivilen Toten wird man schnell verdächtigt, wenn man sich in engen Kontakt zu den ausländischen Militärs begibt. Denn eine Trennung zwischen ISAF und „Enduring Freedom“ ist für die Menschen immer weniger ersichtlich", so Karim.

Dass sechs Jahre nach Beginn des jüngsten Afghanistan-Krieges Polizisten so schlecht oder gar nicht bezahlt würden, so dass sie zum Teil zu den Taliban wechselten, lasse an der Ernsthaftigkeit zweifeln, das Land möglichst rasch mit stabilen Strukturen zur Selbstverwaltung zu verhelfen, erklärte die Frauenvereinsvorsitzende. Zu fragen sei auch, warum die ISAF ihre Wäsche zur Reinigung nach Dubai fliege, statt durch Erledigung in Afghanistan dort für Arbeit und Einkommen zu sorgen. Nahrungsmittel, insbesondere Obst, seien im Land ausreichend vorhanden, so dass ISAF und NATO es nicht - wie derzeit praktiziert - importieren müssen. Karim beklagte ein großes Missverhältnis zwischen den Kosten für Militärausgaben (90 Milliarden) und dem Einsatz für den Wiederaufbau (6 – 7 Milliarden).

"Wenn US-Sicherheitsleute 1.000 Dollar am Tag bekommen, afghanische Ärzte und Lehrer nur 100 Dollar im Monat und davon kaum die Miete eines Zimmers in Kabul bezahlen können, können sich zivile Strukturen schwer entwickeln", stellte Karim fest. Ob die Besatzungsmächte überhaupt Interesse an der Herausbildung stabiler Verhältnisse in Afghanistan hätten, wurde aus den Reihen der OFRI gefragt. Denn solange stabile Verhältnisse fehlten, gebe es Gründe, in Afghanistan zu bleiben. Dass es auch um den Zugriff auf die reichhaltigen Öl- und Gasvorkommen der Region gehe, bestätigte Karim. Vielfach werde nach dem Sinn des US-Militärstützpunkts Bagram gefragt, der schon mit Guantánamo verglichen werde.

Zustimmung erteilte Karim dem Vorschlag, den Dialog auch mit den gemäßigten Taliban zu führen. Solange nicht alle Afghanen beteiligt seien, gebe es keinen Frieden. Dabei müsse demokratisches Denken, auch zur Wahrung der Frauenrechte, Grundlage aller Verhandlungen sein.

Solange es für junge Leute weder ausreichend bezahlte Arbeit noch Studium gebe, sei es nicht verwunderlich, wenn sie sich frustriert den vielen kriminellen Banden oder Taliban zuwendeten, so Karim. Aber auch die positiven Entwicklungen der letzten sechs Jahre seien zu unterstreichen. Mittlerweile besuche in Afghanistan jedes fünfte Mädchen die Schule. Auch in der Projektarbeit des Afghanischen Frauenvereins würden sich gute Fortschritte zeigen.

Internet: www.afghanischer-frauenverein.de

Spendenkonto:

Afghanischer Frauenverein, Dresdner Bank Neuwied, BLZ 570 800 70,
Konto 068 085 0500

Oktober 2007